

Bisher kein Sieger im Endlos-Streik gegen die Rentenreform

Der Bahn- und Pariser Öffi-Streik gegen die Rentenreform geht in die fünfte Woche und bricht alle historischen Rekorde. Obwohl Teile der Bevölkerung vor allem im Pariser Großraum durch den Ausstand furchtbar leiden, hält laut Umfrage noch immer eine Mehrheit den Streik für šberechtigtō und lehnt das vorliegende Reformprojekt ab. Die Staatsführung um Macron versucht durch die Häufung von Zugeständnissen an diverse Berufsgruppen die Streikenden zu isolieren und hofft auf ihre finanzielle Erschöpfung durch die Gehaltsverluste, die die zersplitterten und schwächlichen französischen Gewerkschaftsbünde nicht ausgleichen können. Aber der radikale Flügel der Gewerkschaftsbewegung will diese Woche durch die Blockade der Treibstoff-Auslieferung in allen Raffinerien Macron in die Knie zwingen.

AUS PARIS
DANNY LEDER

Die alte Frau mit den schweren Einkaufssäcken in beiden Händen steht vor der verschlossenen Metro-Station auf der Pariser Place Gambetta und murr: šIch unterstütze sie (*gemeint sind die Streikenden der Pariser Öffis*), aber jetzt gehen sie mir schon auf die Nervenō.

Die Dame hat die Lage auf den Punkt gebracht. Nach über einem Monat Streik bei Bahn und Pariser Öffis ó ein historischer Rekord ó herrscht eine scheinbar ausweglose Pattsituation. Die Staatsführung um Präsident Emmanuel Macron hat die Schlacht um die öffentliche Meinung mit den Gewerkschaften noch immer nicht gewonnen, obwohl ein Teil der Bevölkerung unter dem Ausstand fürchterlich leidet und am Verzweifeln ist. Aber in keiner Befragung gibt es bisher eine Mehrheit für das Reformprojekt der Regierung. Ausgerechnet das konservative Leitblatt š*Figaroō* (das die Rentenreform grundsätzlich befürwortet) veröffentlichte zuletzt eine Umfrage, wonach 61 Prozent die Streiks für šberechtigtō halten.

Dabei hat der Ausfall eines Teils der Bahnverbindungen während der Feiertage den lang ersehnten Urlaub und die Familientreffen für zahllose Franzosen furchtbar kompliziert und in einigen Fällen schlicht verunmöglicht. Am schlimmsten aber trifft es die Pendler im Großraum Paris. Während in Provinzstädten die Öffis nur an einzelnen Tagen in den Ausstand traten, sind in der 12-Millionen-Metropole S- und U-Bahnen, Busse und Tram, seit 5. Dezember weitgehend lahmgelegt.

Die wenigen, nur zu bestimmten Tageszeiten und nur auf Teilstrecken fahrenden Verkehrsmittel, sind in grauenhafter Weise überfüllt. An den Stationen, an denen Metro und Busse halten (was nicht immer vorhersehbar ist), ringen Massen um Zutritt, während drinnen Passagiere vergeblich auszusteigen versuchen.

In den U-Bahngängen zwängen Securities die Menge in endlose Warteschlangen. Bei Busstationen stürzen Wartende auf die Fahrbahn, weshalb die Busse gar nicht vorwärts kommen, oder die Haltestellen schlicht umfahren.

Im inneren der Waggons, wo sich die Menschen gegenseitig zerquetschen, kommt es laufend zu Streitereien. Aber laute Schuldzuweisungen an die Streikenden sind kaum zu hören. Frägt man abseits des Gedränges nach, so halten sich Befürworter und Gegner des Ausstands die Waage. Leute, die direkt für Macron Partei ergreifen, findet man eher selten.

Den Menschen ist zwar klar, dass Eisenbahner und Metro-Bedienstete für die Bewahrung ihrer besonderen Pensionsvorteile streiken (ein Teil der Eisenbahner kann schon zwischen 52 und 57 Jahren in die Rente gehen, während der gesetzliche Pensionsantritt ansonsten in Frankreich derzeit bei 62 Jahren liegt). Aber vielfach überwiegt das Misstrauen gegen Macron und die Überzeugung, seine Reform werde den Rentenantritt generell erhöhen und obendrein die Pensionen drastisch senken.

Tatsächlich hatte die Regierung zwei Jahre lang nur von einer Vereinheitlichung der 42 verschiedenen Pensionssysteme Frankreichs gesprochen und erst knapp vor Weihnachten die de-facto-Anhebung des Antrittsalters für eine Vollpension von 62 auf 64 Jahre angekündigt ó ohne Vorabsprache auch mit den durchaus reformwilligen und konziliannten Gewerkschaftsbünden (es gibt sieben rivalisierende Gewerkschaftsbünde in Frankreich). Bezüglich der künftigen Berechnungsgrundlage der Pensionen ließ die Regierung die Bevölkerung überhaupt im Dunkeln.

Inzwischen ruderte die Staatsführung teilweise wieder zurück, indem sie mehreren Berufsgruppen Ausnahmeregelungen zugestand. Bei Verhandlungen am Dienstag werden weitere Zugeständnisse der Regierung an die moderaten Gewerkschaftsbünde erwartet. Wobei die Regierung auch auf die finanzielle Erschöpfung des eigentlichen Kerns der Streikbewegung, nämlich der Lok-Führer und Metro-Lenker, hofft: Die Streikenden beziehen während ihrer Beteiligung am Ausstand keinen Gehalt, einige haben bereits einen Monatsgehalt verloren. Die zersplitterten und daher schwächeren französischen Gewerkschaftsbünde sind finanziell nicht in der Lage diese Einkommensverluste ihrer aktivsten Mitglieder auch nur annähernd auszugleichen.

Der radikale Flügel der Gewerkschaften, der ursprünglich gar nicht damit gerechnet hatte, dass die Streikenden bei Bahn und Öffis so lange durchhalten, fühlt sich jetzt aber durch diese außergewöhnliche Streikdauer und die Patt-Situation in der Kraftprobe mit der Regierung ermutigt. Diese Gewerkschaftskräfte wollen die Ausstände weiterführen, bis Macron die Reform komplett zurückzieht. Diese Woche wollen sie noch einmal aufs Ganze gehen: ab Dienstag soll in keiner Raffinerie mehr Treibstoff ausgeliefert werden, für Donnerstag und Samstag sind wieder landesweite Aufmärsche anberaumt.

Auf der anderen Seite aber kann es sich Macron kaum leisten, auf sein Vorhaben einer Vereinheitlichung des französischen Pensionssystems gänzlich zu verzichten. Er würde sonst das verbliebene Vertrauen seiner ó hauptsächlich bürgerlichen ó Kernwähler in seine Führungskraft und unternehmerfreundliche Reformkraft verlieren.